

Schweizer Stiftungsreport 2014: Die Welt der Stiftungen im Wandel

06 May 2014

Fast 13'000 gemeinnützige Stiftungen bereichern in der Schweiz das kulturelle, soziale und wissenschaftliche Leben. Auch im letzten Jahr ist täglich mehr als eine gemeinnützige Stiftung gegründet worden. Dennoch hat sich die Welt der Stiftungen in den letzten fünf Jahren nachhaltig verändert. Kleine Stiftungen stellen sich Fragen nach ihrer Wirksamkeit, Fusionen scheinen kein Tabu mehr zu sein, Stiftungsräte diskutieren Haftungsthemen und der Umgang mit Mandaten und politischer Einflussnahme werden neu bewertet.

Nachzulesen ist dies und mehr im frisch erschienenen Schweizer Stiftungsreport 2014, der aktuelle Zahlen und Fakten zum Schweizer Stiftungssektor sowie die wichtigsten rechtlichen und europäischen Entwicklungen enthält.



Ende 2013 waren 12'909 Stiftungen mit gemeinnützigem Zweck im Handelsregister eingetragen. Die Zahl der Neugründungen ist nach einem Einbruch 2011 wieder im Wachstum begriffen. Den 381 neu gegründeten Stiftungen stehen 159 Liquidationen, ein neuer Höchstwert, gegenüber. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Fusionen. Mit diesen werden nicht nur Kosten eingespart, es findet auch eine sinnvolle und notwendige Bereinigung der Stiftungslandschaft statt. Gerade für kleine Stiftungen mit unter einer Million Franken Kapital eröffnen Fusionen attraktive neue Handlungsspielräume. Wie der Schweizer Stiftungsreport 2014 aufzeigt, stellt ein anderer Weg zur Wirkungssteigerung die Teilnahme am politischen Diskurs dar. Stiftungen als politische Akteure: Die im letzten Jahr lancierte Bodeninitiative der beiden Basler Stiftungen Edith Maryon und Habitat ist dabei nur eines von verschiedenen im Schweizer Stiftungsreport 2014 dargestellten Beispielen.

Wissenschaftsförderung und Genf an der Spitze

Erstmals lassen sich aufgrund einer neuen Datenerhebung Aussagen zu den Tätigkeitsbereichen der 381 neu gegründeten Stiftungen machen: Die Hälfte der Stiftungen verfolgt soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Forschung mit 45% sowie Kultur und Freizeit mit 37%. Damit schreibt sich das im letzten Stiftungsreport und in einer Studie des Center for Philanthropy der Universität Basel aufgezeigte wachsende Interesse an privater Wissenschaftsförderung fort. Die Auswertung der Stiftungszwecke aller gemeinnützigen Schweizer Stiftungen wird in den nächsten Stiftungsreports weiter vertieft. Zoomt man von der nationalen auf die kantonale Ebene wird einmal mehr die hohe Stiftungsdynamik in der Romandie deutlich. Mit der Gesamtmenge von 2'286 Stiftungen liegt Zürich zwar nach wie vor an der kantonalen Spitze, gefolgt von Bern mit 1'421 und dem Waadtland mit 1'398 gemeinnützigen Stiftungen. Beim Nettowachstum hat Genf den Kanton Zürich aber deutlich überholt. Ein negatives Wachstum weisen die Kantone Glarus und Neuenburg aus. In beiden wurden mehr Stiftungen liquidiert als gegründet. Wie in den Vorjahren steht ein grosser Teil der neu gegründeten Stiftungen unter eidgenössischer Aufsicht und verfolgt damit nationale oder internationale Zwecke.

Schweiz und Europa

In der Schweiz scheint im vergangenen Jahr mit der Abschreibung der Motion Luginbühl und der Ablehnung des Bundesrats, das Stiftungsrecht grundlegend zu revidieren, auf gesetzgeberischer Ebene etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Demgegenüber läuft die Entwicklung eines europäischen Stiftungsstatuts auf ihren vorläufigen Höhepunkt zu: Der Gesetzgebungsvorgang soll in der laufenden Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden; gleichzeitig ist die notwendige einstimmige Annahme des Statuts aber mehr als fraglich. Ein Autorenbeitrag von Prof. Dominique Jakob von der Universität Zürich greift diese Entwicklung auf und stellt die Frage, wie ein europäisches Stiftungs- und

Gemeinnützigkeitsrecht doch noch gelingen kann. In einem weiteren Beitrag stellt Jakob ein System vor, mit welchem Stiftungsrechtsordnungen international verglichen werden können. Eine erste Punktevergabe demonstriert, dass die Schweiz sowohl im Bereich der Governance als auch der Freiheitlichkeit punkten kann, was eine wichtige Erkenntnis für die Weiterentwicklung (auch des Schweizer) Stiftungsrechts sein kann. Stiftungen zufrieden mit ihrer Aufsicht In einer erstmalig durchgeführten Umfrage zur Zufriedenheit von gemeinnützigen Stiftungen mit ihren Aufsichtsbehörden werden diesen gute bis sehr gute Noten erteilt. Die überwiegende Mehrheit der 156 an der Umfrage teilgenommenen Stiftungen fühlt sich gut bis sehr gut betreut, beurteilt die Anforderungen an Berichte und Dokumente als angemessen und nimmt die zuständige Aufsicht als kunden- und serviceorientiert wahr. Kritik üben die Stiftungsvertreter einzig an den Kosten, die insbesondere von kleinen Stiftungen als zu hoch beurteilt werden. Der Anstieg der Kosten ist eine direkte Folge der kürzlich erfolgten Ausgliederung der Stiftungsaufsichten aus den kantonalen Verwaltungen in selbständige, öffentlich-rechtliche Anstalten.

Neben Zahlen, Fakten und relevanten Entwicklungen im In- und Ausland beinhaltet der Schweizer Stiftungsreport 2014 auch Interviews und Gastbeiträge verschiedener Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie eine Übersicht zu Neuerscheinungen und Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Die Herausgeber danken der AVINA STIFTUNG und der Gebert RUF Stiftung für ihre grosszügige Unterstützung.

Der Schweizer Stiftungsreport wird jährlich von Beate Eckhardt, lic. phil. I, EMScom (SwissFoundations, Verband der Schweizer Förderstiftungen), Prof. Dr. Dominique Jakob (Zentrum für Stiftungsrecht an der Universität Zürich) und Prof. Dr. Georg von Schnurbein (Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel) herausgegeben. Er ist die wichtigste Informationsquelle zum Zustand und zur Entwicklung des Schweizer Stiftungssektors und zeigt auf einen Blick alle aktuellen und relevanten Zahlen, Fakten und Trends. Der Report kann unter www.stiftungsreport.ch kostenlos in deutscher und französischer Sprache heruntergeladen werden.

Krasssex

Pop Der Punk- und Elektropionier Gabi Delgado kommt am Samstag ins Aarauer KiFF

VON ALBERT KUHN

Kaum hatte man sich an amerikanischem oder englischem New Wave sattgehört, explodierte auch in Europa die Zahl der Punk- und New-Wave-Bands. Und die Schweiz war früh dabei: Kleenex, Liliput, Eicher, Bellevue, Yello, Blue China, Expo, Glueams, Crazy, Grauzone, Mother's Ruin, Sperma, Mono, TNT, Nasal Boys, Taxi, Bucks – Namen, die lecker an Pulverdampf erinnern. Und die man sich gern auf der Zunge zergehen lässt. Und wo Frostschutz eine hüpfende und zuweilen realromantische Schiene fuhr (Meitlimusig), verschrieben sich Baby Jail einem trotzfroh naseweisen Humor, der sogar dem Punk den unterschwellig fieseren Schuh gab.

In frischester Frische

Aber dass uns Gabi Delgado wieder besucht – solo und in frischester Frische! Wer sich erinnert: Um 1980 wurde am Radio nur eine halbe Stunde Pop pro Woche geboten – am Vorabend und nur ein geiziges Halbstündli. D.A.F. heisst «Deutsch-amerikanische Freundschaft» und wer die Ironie nicht hört, der verliert sie für immer. Delgado hat sich – bewusst oder unbewusst – ein Skrillex-Bad verschrieben, das sich gewaschen hat. Skrillex ist der Krassmeister des schnellen Dubstep und Delgado hat sich hier vielleicht eine feine Scheibe abgeschnitten. Eine krass elektronische, peitschende Musik, die im Tempo der Stroboskope zischt und einem die Zahnpflocken explodieren lässt.

Wie Skrillex hat auch Delgado den sagenhaften Aphex Twin studiert, den Meister der innovativ verdrehten Elektronika – auch Mozart des Techno genannt. Klingt hübsch, ist aber falsch. Viel überzeugender ist der Vergleich mit Erik Satie – einer, von dem man nicht sagen kann, ob seine Musik nun uralt, futuristisch oder quer über allem schwebt.

20-facher Elektrogenuss

Zwanzig Titel gibt das neue Delgado-Album her und keiner ist überflüssig. Der zwanzigfache Elektrogenuss, den Gabi Delgado aufführt, ist vom Allerfeinsten. Krass, aufwühlend, tanz- und temposüchtig – aber auch sanft.

«Neosex» ist ein erbarmungsloser, skrillexer Abräumer. «Traum» haucht ein wieder und wieder geträumtes «Komm» und «Sexkamikaze» darf man sich selber vorstellen. Und dann: «Ich glaube an Science-Fiction-



Solo und in frischester Frische kommt Gabi Delgado ins Aarauer KiFF.

HO

Liebe, weil nach der Zukunft nichts mehr ist. Ich brauche eine Nebelmaschine. Alles Gute zum Geburtstag.» In «Lippenstift» heisst es: «Kuss davor, Kuss danach. Ich beiss dich in die Lippe. Ich weiss nicht, wenn du

kommst.» Grossartig aufgeführt die Langweile-Killernummer: «Vor lauter Langweile, die grosse Koalition». Und schliesslich, was wir wirklich brauchen: «Krieg den Palästen, Frieden den Hütten».

CD: Gabi Delgado: D.A.F. Goldencore Records.

Konzert: Sa 17. Mai, 21.30 Uhr, Aarau, KiFF.
www.kiff.ch

Das Kuratorium sponsert täglich ein Kulturprojekt

Kulturförderung Das Aargauer Kuratorium legt Rechenschaft ab. Theater kosten am meisten, Literatur am wenigsten.

VON SABINE ALTÖRFER

Mit 6,2 Millionen Franken hat das Aargauer Kuratorium 2013 Kultur im Kanton gefördert. Die summarische Tabelle ist übersichtlich: Literatur und bildende Kunst kosten die Öffentlichkeit mit je 400 000 Franken am wenigsten. Theater und Tanz wurden mit 2,3 Millionen Franken am meisten gefördert. Doch die Übersichts-Tabelle kann nicht erklären warum. Dafür gibt es den ausführlichen Rechenschaftsbericht. Hier legt das Kuratorium über jeden seiner 6,2 Millionen Franken und über alle 395 unterstützten Projekte Rechenschaft ab.

Veränderungen sind Programm

Das elfköpfige ehrenamtliche Gremium hat ein sitzungsreiches Jahr hinter sich: Dies liest sich aus den einzelnen Sparten-Berichten. Wir picken aus jedem eine typische Aussa-

ge. Das Kuratorium reagiert vor allem (auf Gesuche) und agiert nicht selber. Trotzdem fragt sich Eva Bechstein in der bildenden Kunst, ob das Kuratorium nicht mehr machen müsste, damit das Umfeld, die Infrastruktur stimmt, damit nicht immer mehr Künstlerinnen und Künstler aus dem Kanton abwandern? Nach Solothurn wanderte Stella Händler,

«Man muss nicht auf jeden anfahrenen Zug aufspringen.»

Michel Mettler, Fachgruppe Literatur

die Vorsitzende der Fachgruppe Film, um an den nationalen Filmtagen die Resultate der bescheidenen kantonalen Förderung zu begutachten: Bei immerhin fünf der siebzehn für Preise nominierten Filme konnte sie einen Aargau-Bezug ausmachen. Wie fördert man die vielen Laienchöre und -orchester richtig? Nicht mehr automatisch, sondern nach Inhalt, das stellt Beat Blaser für 2014 in Aus-

sicht. Ausgeweitet hat die Pop-Rock-Gruppe ihre Förderung: Die CD ist auch hier out. Nicht die Produktionsform, sondern die Qualität müsse stimmen, schreibt Stephan Diethelm. Auf neue Formen achtet auch die Literaturförderung, aber man müsse nicht auf jeden anfahrenen Zug aufspringen, findet Michel Mettler. Im Theater gehen 80 Prozent des Budgets an Institutionen, 20 Prozent an «waghalsige, tollkühne» freie Gruppen. Das sei wenig, schreibt Walter Küng – und werde das Fördergremium noch beschäftigen. Für die

Dichte der Kultur im Aargau sorgen die lokalen Veranstalter, betont Madeleine Passerini – dafür brauchen sie Unterstützung.

395 Mal Kuratoriums-Kultur

Was die Kulturschaffenden 2013 vor allem gemerkt haben: Gesuche kann man nur noch digital stellen. Was dem Publikum jetzt auffallen könnte: Die Homepage ist neu gestaltet. Wer Kulturförderung betreibe, müsse kommunizieren können und viele kulturelle Sprachen sprechen, stellt Präsident Rolf Keller fest. Und Geschäftsführerin Mariann Bauer betont, wie wichtig Planung «in Zeiten von Unsicherheit ist». Damit meint sie wohl die sich dauernd verändernde Kulturszene. Aber wohl auch die Unsicherheit der Politik in Sparzeiten.

Noch eine interessante Zahl zum Schluss: 678 Gesuche behandelte das Kuratorium im vergangenen Jahr. 395 bekamen Geld. Das ist eine strenge Selektion. Trotzdem, umgerechnet aufs Jahr erhält jeden Tag ein Kulturprojekt, ein Kulturanlass Unterstützung – und am Sonntag sind gar zwei.

Die Förderbeiträge des Aargauer Kuratoriums 2013

Sparte	Beitrag (in Fr.)
Bildende Kunst und Performance	402 650
Film	620 900
Jazz und Rock/Pop	764 725
Klassik	958 300
Literatur	400 200
Theater und Tanz	2 319 600
Regionale Kulturveranstalter	126 000
Lebenshaltungskosten Ateliers	166 992
Reisestipendien	40 000
Betrieb, Spezialprojekte	416 933
Total Auszahlungen:	6 216 299

Stiftungszuwachs in der Schweiz

In der Schweiz ist im vergangenen Jahr jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet worden. Mit 221 Neugründungen, die unter eidgenössischer Aufsicht stehen, ist wieder ein grosser Teil der Stiftungen mit einem nationalen oder internationalen Zweck errichtet worden.

Dies geht aus einem Stiftungsreport hervor. Ende 2013 waren demnach 12 909 gemeinnützige Stiftungen in der Schweiz eingetragen. Dass dieser Wert unter der Vorjahreszahl liegt, wird auf eine neue Erhebungsmethode zurückgeführt, aufgrund der die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen generell korrigiert werden musste.

Mit 381 neu gegründeten Stiftungen setzte sich das Stiftungswachstum der vergangenen Jahre aber unverändert fort. Dabei falle insbesondere auf, dass die Zahl der Fusionen deutlich gestiegen sei. Dies zeige, dass durch Konsolidierungen versucht werde, Kosten einzusparen und Kräfte zu bündeln. Abzüglich dieser Fusionen verbleibe die Zahl der Liquidationen in etwa auf dem Stand des Vorjahres.

Erstmals liessen sich aufgrund einer neuen Datenerhebung Aussagen zu den Tätigkeitsbereichen der 381 neu gegründeten Stiftungen machen: Die Hälfte der Stiftungen verfolgt soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Forschung mit 45 Prozent sowie Kultur und Freizeit mit 37 Prozent.

Damit setze sich das im letzten Stiftungsreport und in einer Studie des Centre for Philanthropy Studies der Universität Basel aufgezeigte wachsende Interesse an privater Wissenschaftsförderung fort, heisst es weiter.

Zürich liegt an der Spitze

Auf kantonaler Ebene zeige sich die hohe Stiftungsdynamik in der Romandie. Mit der Gesamtmenge von 2286 Stiftungen liege Zürich zwar nach wie vor an der Spitze, gefolgt von Bern mit 1421 und dem Waadtland mit 1398 gemeinnützigen Stiftungen. Beim Nettowachstum habe Genf den Kanton Zürich aber deutlich überholt.

In einer erstmalig durchgeführten Umfrage zur Zufriedenheit von gemeinnützigen Stiftungen mit ihren Aufsichtsbehörden erhielten letztere gute bis sehr gute Noten. Kritik übten die Stiftungsvertreter einzig an den Kosten. Diese wurden insbesondere von kleinen Stiftungen als zu hoch beurteilt. Der Anstieg der Kosten sei eine direkte Folge der kürzlich erfolgten Ausgliederung der Stiftungsaufsichten aus den kantonalen Verwaltungen in selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalten. (SDA)

Die Entdeckung der Currywurst



Schauspieler Jaap Achterberg. HO

Die Currywurst wurde beim Sturz in einem dunklen Hamburger Nachkriegsstreppenhaus erfunden. Drei Ketchupflaschen und ein Currypulver sollen Lena Brücker aus der Hand geflogen sein. Fertig das Gemisch. So behauptet es Uwe Timm 1993 in seiner Novelle «Die Erfindung der Currywurst» und machte den Berliner damit ihre berühmte Nachkriegserfindung streitig. Zum Saisonabschluss zeigt das Theater im Kornhaus eine theatraalisierte Version der Novelle mit Jaap Achterberg. (JST)

Baden Theater im Kornhaus, Mi 21. Mai, Fr 23. Mai, Sa 24. Mai, 20.15 Uhr.



Stiftungen

2013 wurde jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet

Publiziert: 06.05.2014

In der Schweiz ist im vergangenen Jahr jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet worden. Mit 221 Neugründungen, die unter eidgenössischer Aufsicht stehen, ist wieder ein grosser Teil der Stiftungen mit einem nationalen oder internationalen Zweck errichtet worden.

Dies geht aus dem am Dienstag veröffentlichten Stiftungsreport 2014 hervor. Ende 2013 waren demnach 12'909 gemeinnützige Stiftungen in der Schweiz eingetragen. Dass dieser Wert unter der Vorjahreszahl von 12'957 liegt, wird auf eine neue Erhebungsmethode zurückgeführt, aufgrund der die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen generell korrigiert werden musste.

Mit 381 neu gegründeten Stiftungen setzte sich das Stiftungswachstum der vergangenen Jahre aber unverändert fort, wie es weiter heisst. Andererseits seien 159 Stiftungen liquidiert worden - ein neuer Höchststand.

Dabei falle insbesondere auf, dass die Anzahl der Fusionen deutlich gestiegen sei. Dies zeige, dass durch Konsolidierungen versucht werde, Kosten einzusparen und Kräfte zu bündeln. Abzüglich dieser Fusionen verbleibe die Zahl der Liquidationen in etwa auf dem Stand des Vorjahres.

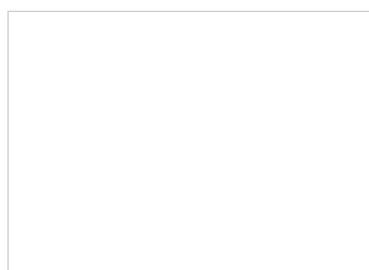
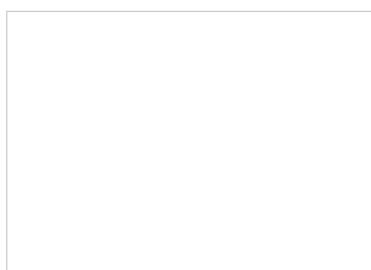
Erstmals liessen sich aufgrund einer neuen Datenerhebung Aussagen zu den Tätigkeitsbereichen der 381 neu gegründeten Stiftungen machen: Die Hälfte der Stiftungen verfolgt soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Forschung mit 45 Prozent sowie Kultur und Freizeit mit 37 Prozent.

Damit setze sich das im letzten Stiftungsreport und in einer Studie des Centre for Philanthropy Studies der Universität **Basel** aufgezeigte wachsende Interesse an privater Wissenschaftsförderung fort, heisst es weiter.

Auf kantonaler Ebene zeige sich die hohe Stiftungsdynamik in der Romandie. Mit der Gesamtmenge von 2286 Stiftungen liege **Zürich** zwar nach wie vor an der Spitze, gefolgt von **Bern** mit 1421 und dem Waadtland mit 1398 gemeinnützigen Stiftungen. Beim Nettowachstum habe **Genf** den Kanton Zürich aber deutlich überholt.

In einer erstmalig durchgeführten Umfrage zur Zufriedenheit von gemeinnützigen Stiftungen mit ihren Aufsichtsbehörden erhielten letztere gute bis sehr gute Noten. Die überwiegende Mehrheit der Stiftungen, die an der Umfrage teilnahmen, fühlt sich gut bis sehr gut betreut, beurteilt die Anforderungen an Berichte und Dokumente als angemessen und nimmt die zuständige Aufsicht als kunden- und serviceorientiert wahr.

Kritik übten die Stiftungsvertreter einzig an den Kosten. Diese wurden insbesondere von kleinen Stiftungen als zu hoch beurteilt. Der Anstieg der Kosten sei eine direkte Folge der kürzlich erfolgten Ausgliederung der Stiftungsaufsichten aus den kantonalen Verwaltungen in selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalten. (SDA)





geschenkidee.ch



**Carrera Sonnenbrillen ab
CHF 69.- statt CHF 116.-**

DeinDeal - 05.05.2014 - Jetzt profitieren »

© cash Online; 06.05.2014

2013 wurde jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet

In der Schweiz ist im vergangenen Jahr jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet worden. Mit 221 Neugründungen, die unter eidgenössischer Aufsicht stehen, ist wieder ein grosser Teil der Stiftungen mit einem nationalen oder internationalen Zweck errichtet worden.

Dies geht aus dem am Dienstag veröffentlichten Stiftungsreport 2014 hervor. Ende 2013 waren demnach 12'909 gemeinnützige Stiftungen in der Schweiz eingetragen. Dass dieser Wert unter der Vorjahreszahl von 12'957 liegt, wird auf eine neue Erhebungsmethode zurückgeführt, aufgrund der die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen generell korrigiert werden musste.

Mit 381 neu gegründeten Stiftungen setzte sich das Stiftungswachstum der vergangenen Jahre aber unverändert fort, wie es weiter heisst. Andererseits seien 159 Stiftungen liquidiert worden - ein neuer Höchststand.

Dabei falle insbesondere auf, dass die Anzahl der Fusionen deutlich gestiegen sei. Dies zeige, dass durch Konsolidierungen versucht werde, Kosten einzusparen und Kräfte zu bündeln. Abzüglich dieser Fusionen verbleibe die Zahl der Liquidationen in etwa auf dem Stand des Vorjahres.

Erstmals liessen sich aufgrund einer neuen Datenerhebung Aussagen zu den Tätigkeitsbereichen der 381 neu gegründeten Stiftungen machen: Die Hälfte der Stiftungen verfolgt soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Forschung mit 45 Prozent sowie Kultur und Freizeit mit 37 Prozent.

Damit setze sich das im letzten Stiftungsreport und in einer Studie des Centre for Philanthropy Studies der Universität Basel aufgezeigte wachsende Interesse an privater Wissenschaftsförderung fort, heisst es weiter.

Auf kantonaler Ebene zeige sich die hohe Stiftungsdynamik in der Romandie. Mit der Gesamtmenge von 2286 Stiftungen liege Zürich zwar nach wie vor an der Spitze, gefolgt von Bern mit 1421 und dem Waadtland mit 1398 gemeinnützigen Stiftungen. Beim Nettowachstum habe Genf den Kanton Zürich aber deutlich überholt.

In einer erstmalig durchgeführten Umfrage zur Zufriedenheit von gemeinnützigen Stiftungen mit ihren Aufsichtsbehörden erhielten letztere gute bis sehr gute Noten. Die überwiegende Mehrheit der Stiftungen, die an der Umfrage teilnahmen, fühlt sich gut bis sehr gut betreut, beurteilt die Anforderungen an Berichte und Dokumente als angemessen und nimmt die zuständige Aufsicht als kunden- und serviceorientiert wahr.

Kritik übten die Stiftungsvertreter einzig an den Kosten. Diese wurden insbesondere von kleinen Stiftungen als zu hoch beurteilt. Der Anstieg der Kosten sei eine direkte Folge der kürzlich erfolgten Ausgliederung der Stiftungsaufsichten aus den kantonalen Verwaltungen in selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalten.

(SDA)

Montants encore élevés

BUREAU DE COMMUNICATION.

L'organisme antiblanchiment a vu ses compétences s'accroître l'an dernier.

PIERRE BESSARD

Il n'y a guère d'organisme public lié à la place financière qui n'ait vu ses compétences élargies ces dernières années. Le Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent, qui a publié hier son rapport annuel, n'y fait pas exception. Avec l'entrée en vigueur de la révision législative idoïne en novembre dernier, alignée sur les recommandations du Gafi, la cellule est désormais compétente pour échanger aussi des informations de nature financière avec ses homologues étrangers. «La place du Bureau de communication au sein du Groupe Egmont est ainsi renforcée», se félicite Stiliano Ordolli, chef de l'organisme rattaché à l'Office fédéral de la police, en référence au réseau de cellules de renseignements qui établit les conditions de tels échanges.

Le fait de pouvoir demander des informations aux intermédiaires financiers qui n'ont pas communiqué de soupçons constitue un élément tout aussi important de la loi modifiée. «Les premiers cas d'application ont fait surgir des questions juridiques intéressantes», note Stiliano Ordolli. L'une d'entre elles porte sur l'information au client qui fait l'objet d'une telle demande. Du point de vue du Bureau, informer le client serait non seulement superflu, mais provoquerait des problèmes tant pour l'analyse que pour l'instruction du dossier pénal. Du moment où les communications concernent des soupçons et non pas des preuves, le client ne devrait jamais être informé par l'intermédiaire financier. Il peut l'être seulement si le cas est transmis aux autorités de poursuite pénale (ce sont elles qui contactent alors le client).

Dans l'ensemble, les communications de soupçons, au nombre de 1411, connaissent une légère baisse par rapport aux deux années précédentes. Cela est dû notamment à l'absence d'événements exceptionnels, comme le

printemps arabe. Cela aurait permis d'approfondir les analyses, alors les homologues étrangers de l'organisme ont été davantage sollicités (environ 400 personnes physiques ou morales de plus que l'année précédente). Il en résulte un taux de retransmission aux autorités de poursuites plus bas que les années précédentes, reflétant à la fois le rôle de filtre et la qualité des analyses des cas transmis aux ministères publics compétents, selon le Bureau de communication. Les montants communiqués, qui avoisinent les trois milliards de francs, restent néanmoins très élevés. Environ trente communications portaient sur des montants supérieurs à dix millions de francs, soit trois fois plus qu'une année plus tôt. Six communications ont totalisé presque 1,5 milliard de francs, soit la moitié des montants communiqués durant l'année: plusieurs de ces communications se réfèrent à une affaire de corruption présumée, les autres à une escroquerie assimilable à un système de Ponzi. Tous ces cas avaient été précédés d'une infraction préalable commise à l'étranger.

Quant aux typologies, l'escroquerie reste en première place des infractions préalables présumées. Une augmentation importante est constatée dans l'utilisation frauduleuse de l'informatique, en grande majorité des cas de «phishing», c'est-à-dire les stratagèmes visant à obtenir des données d'accès au compte en banque en ligne d'utilisateurs et à retirer des sommes d'argent par ce biais. Les nouvelles infractions préalables boursières, à savoir l'exploitation d'informations d'initiés et la manipulation de cours, également entrées en vigueur l'an dernier, ont déjà fait l'objet de sept communications, dont quatre ont été transférés aux autorités de poursuite pénale. Les défis juridiques ne sont pas moindres là non plus. Le Ministère public de la Confédération, qui a la compétence exclusive pour interpréter ces dispositions, précise qu'un simple gain comptable, suite à la publication du fait confidentiel, peut suffire: il n'est pas exigé que l'auteur vende ses titres ou dérivés au meilleur moment. La condition de l'avantage patrimonial sera réalisée même si le titre finit par chuter plus bas que son prix d'achat. ■

MAZARS: nouvel associé et renforts à Genève

José Caneda a été nommé associé de Mazars en Suisse. Expert diplômé en finance et controlling et titulaire d'un brevet fédéral de Spécialiste en finance et comptabilité, il a pris la direction des bureaux de Lausanne du spécialiste de l'audit et du conseil, à leur ouverture en 2011. Au département fiscal, l'équipe genevoise enregistre l'arrivée de deux nouvelles collaboratrices, Marie-Hélène Revaz et Madame Nathalie Pellanda Gaud, toutes deux sont notamment spécialisées dans les restructurations, fusions & acquisitions et l'implémentation de sociétés en Suisse. Présent dans 72 pays avec 13.800 collaborateurs, Mazars est actif en Suisse avec une centaine de professionnels répartis entre ses bureaux de Genève, Lausanne, Fribourg et Zurich.

BCV: clients de Postfinance sans incidence sur les résultats

Le transfert du traitement des ordres de e-trading des clients de Postfinance de la plateforme de la Banque Cantonale Vaudoise à celle de Swissquote, annoncée vendredi dernier, ne devrait pas avoir d'incidence significative sur les résultats de la BCV. Interrogée à ce sujet par L'Agefi, la banque a précisé que les dépôts des clients de Postfinance n'étaient pas compris dans le montant des fonds sous gestion (AuM) régulièrement communiqués (85 milliards de francs actuellement). La baisse sensible du cours du titre BCV lundi dernier n'avait apparemment rien à voir avec cette annonce. Elle était due à la distribution du dividende.

Les fusions ouvrent la voie

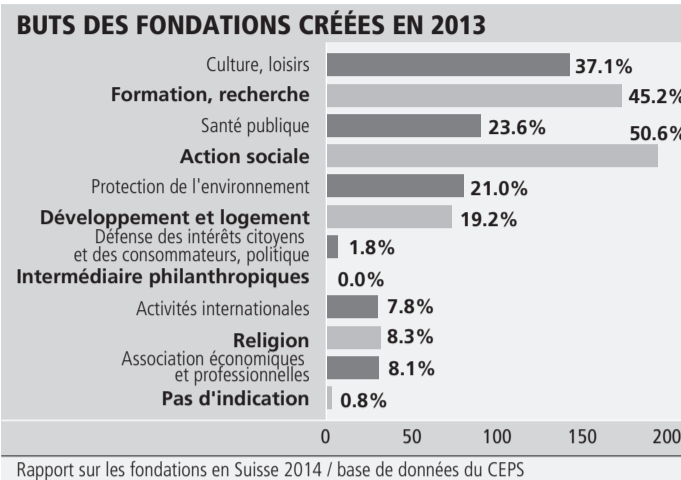
FONDATIONS. La formation et la recherche butes premiers à Genève et à Bâle en 2013 selon le Rapport 2014.

PIOTR KACZOR

Il se crée en Suisse plus d'une fondation par jour. L'an dernier, 381 nouvelles fondations ont en effet été constituées. Parallèlement, 159 autres ont été liquidées, ce qui constitue un nouveau record. Et si le nombre d'organismes d'utilité publique enregistrés l'an dernier (12909) était inférieur à celui de l'année précédente (12987), cela résulte de l'application d'une nouvelle méthodologie ainsi que le soulignent les auteurs du «Rapport sur les fondations en Suisse 2014» publié mardi et établi conjointement par Beate Eckhardt, directrice de Swissfoundations, Dominique Jakob, le directeur du Centre pour le droit des fondations de l'Université de Zurich ainsi que par Georg von Schnurbein, le directeur du Center for Philanthropy Studies (CEPS) de l'Université de Bâle. Avec 221 nouvelles fondations surveillées sous l'autorité fédérale de surveillance, une part importante des nouvelles organisations poursuit un but à l'échelle nationale ou internationale.

Autre fait à relever, les fusions ont fortement augmenté aussi. Alors que leur nombre n'avait jamais dépassé le nombre de six ces dernières années, 22 fusions ont eu lieu en 2013. Ces dernières permettent non seulement de réduire les coûts mais aussi de clarifier le paysage selon les auteurs. Car les petites fondations disposent d'une intéressante marge de manœuvre après une fusion.

Si le premier rapport publié il y a cinq ans était placé sous le signe de la crise économique et financière, la situation s'est entretenu normalisée. A la faveur de la revalorisation des actifs. La branche n'en a pas moins connu une profonde transformation.



Pour la première fois, le rapport permet de cerner les champs d'activités des fondations nouvellement constituées ainsi que l'illustrer l'infographie ci-dessus sur les buts des fondations. A raison de 50,6% d'entre elles, celles-ci déploient leurs activités dans le domaine de «l'action sociale», suivi par les secteurs de «la formation et recherche» (45,2%) et des «loisirs et de la culture» (37,1%). Mais la clé de répartition varie fortement d'un canton à l'autre. Il est ainsi intéressant de constater que «la formation et la recherche» arrive en tête à Genève et à Bâle. Un constat qui peut surprendre au regard des conclusions tirées récemment des nouveaux modèles d'imposition des entreprises privilégiés par ces deux cantons. Certes, entreprises et fondations constituent des catégories bien distinctes. Encore que le nombre croissant de fondations d'entreprises soulève des interrogations quant à leurs liens avec les entreprises qui les ont créées. «Plus d'un entrepreneur se demande si une fondation - en sus de la planification patrimoniale - peut aussi jouer un rôle dans le système des valeurs familiales» soulignent les

auteurs de l'étude. L'idée qu'une dynamique familiale moderne puisse être aménagée de manière proactive, et surtout interactive, tend pourtant à s'imposer.

La question centrale qui se pose dès lors est de savoir si et comment la philanthropie peut servir de catalyseur aux processus (de succession) familiaux et de «gouvernance» des familles concernées. Les défis liés à ces processus ne sont pourtant encore que peu perceptibles. Parmi les motifs de création de fondations, la perpétuation de la fortune à des fins d'utilité publique a souvent été considérée comme un moyen d'éviter une déperdition de patrimoine pour des familles sans descendance par exemple. Or les fondations peuvent précisément être d'un grand intérêt pour les familles nombreuses, de manière à réunir différentes lignées familiales et, en cas d'intérêts familiaux diversifiés, non seulement pour maintenir une cohésion patrimoniale sous la forme d'une fondation (d'entreprise) mixte, mais aussi dans un pur but philanthropique de dimension familiale. Dans le canton de Vaud, c'est en revanche le thème des loisirs et de

la culture qui dominait l'an dernier. Alors qu'au Tessin, c'est celui du développement et du logement. Les auteurs du rapport ne manquent pas de préciser que ce premier inventaire sera encore affiné dans les prochaines éditions afin de mieux rendre compte de la diversité des prestations des fondations.

La forte dynamique romande apparaît aussi clairement. Au plan des nouvelles fondations, Genève se classe en premier en 2013 (56), suivi par Zurich (53) qui est certes toujours en tête du classement cantonal avec 2286 fondations, suivi par Vaud (1398) et Berne (1358). La surveillance étatique est l'une des particularités de la forme juridique de la fondation. Pour ces organismes n'ayant ni membres, ni propriétaires, ni actionnaires susceptibles d'en surveiller la gestion, c'est une institution étatique qui s'en charge. Or une enquête de satisfaction réalisée pour la première fois auprès des fondations révèle les conséquences de la transformation des autorités cantonales de surveillance en établissements de droit public: à la satisfaction globale s'oppose une profonde incompréhension vis-à-vis des tarifs élevés de ces autorités, en particulier pour les fondations de petite taille. La situation des petites fondations dotées d'un patrimoine inférieur à un million de francs demeure d'ailleurs préoccupante. Un chapitre leur est donc consacré. Reste que les grandes fondations ont-elles aussi constaté que leurs moyens financiers ne suffisaient que partiellement à la poursuite de leurs buts. Selon cette même enquête réalisée en novembre dernier, 52% des fondations ayant répondu (156 sur 800) aux questionnaires sont placées sous la surveillance de l'autorité fédérale. ■

Genevois et très anglo-saxon

CDR CAPITAL. Un exemple de consolidation entre gérants indépendants non basée sur la clientèle ou la taille critique.

SÉBASTIEN RUCHE

Dans cinq ans, la législation suisse ressemblera probablement au cadre britannique actuel. C'est avec ce postulat en tête que Steve Smith et Omar Ayache ont fondé leur société de gestion indépendante l'an dernier. CdR Capital accueille maintenant Nicolas Salloum, qui correspond à l'approche anglo-saxonne voulue par la société genevoise.

La vision des fondateurs de CdR Capital est simple: sous l'influence du renforcement des réglementations, le marché de la gestion privée demande des infrastructures solides, des compétences sur les marchés et dans le risk management.

Sur cette base, Steve Smith et Omar Ayache ont dans un premier temps mis l'accent sur la création d'une plateforme robuste



NICOLAS SALLOUM. Le gérant indépendant genevois rejoint la structure de CdR Capital.

pour leur société de gestion, avec le recrutement rapide d'une COO avec un background dans la compliance, notamment dans le secteur des family offices. L'analyse est pour l'instant sous-traitée à une boutique londonienne.

«Nous voulons fournir le même niveau de service qu'une grande banque, avec une solide compétence sur les marchés et le risk management, mais sans le conseil parfois peu objectif et le product push», résume les deux fondateurs. Si Nicolas Salloum les rejoint aujourd'hui, ce n'est pas seulement pour ajouter plus de 200 millions d'avoirs supplémentaires au milliard de dollars d'actifs de CdR Ca-

pital, assurent les trois hommes. Plutôt que de raisonner en termes d'AuM ou de taille critique, ils privilégient des backgrounds communs et un fit relationnel.

Avant de diriger son multi-family office NIYASA Capital depuis une dizaine d'années à Genève, Nicolas Salloum est passé par le corporate banking et la structuration de crédit, notamment chez Deutsche Bank et Citi. Pour leur part, Steve Smith affiche une expérience dans l'asset management de Credit Suisse et chez Bluecrest, tandis qu'Omar Ayache est issu d'UBS et de Goldman Sachs Asset Management.

Ces trois expériences très axées sur les marchés se recoupent également au niveau des clientèles, en particulier celle du Moyen-Orient, leur core marché. CdR veut également développer le marché européen, surtout institutionnel, l'Amérique latine et l'Asie du Sud-Est. Des clientèles totalement compliantes sur le plan fiscal, précisent les dirigeants de CdR.

Dans cette configuration, il n'est pas étonnant que les profils qui

pourraient correspondre à leur philosophie se trouvent plutôt dans les filiales suisses de banques anglo-saxonnes. Des établissements qui, à l'image de l'ensemble des établissements en mains étrangères, renvoient actuellement leur positionnement par rapport à la Suisse.

Faute d'avoir atteint une taille critique, ils évaluent l'opportunité de demeurer en Suisse alors que la réglementation se renforce de chaque côté de l'Atlantique. CdR Capital vient d'ailleurs d'embaucher une analyste en provenance de Morgan Stanley - «un recrutement effectué avant l'annonce de la vente à J. Safra Sarasin».

Smith, Ayache et Salloum ne se posent en revanche pas la question de leur localisation à Genève. «CdR aurait pu être fondée ailleurs tout aussi facilement, mais l'expertise des professionnels genevois constitue un atout précieux». La marque de confiance envers la place financière genevoise se lit même dans la raison sociale de CdR. Qui signifie Cours de Rive, où est basée la société de gestion. ■

sda

Nein zu Pauschalbesteuerung

Bern. Nach dem Ständerat hat sich gestern auch der Nationalrat gegen das Volksbegehren zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ausgesprochen. Für die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat macht die Pauschalbesteuerung die Schweiz für reiche Ausländer attraktiv. Die Linke, welche die Initiative unterstützt, spricht von Privilegien für den Geldadel, die abgeschafft gehören.

Zwischenlösung für Jenische

Bern. Die Städte Bern und Biel wollen das Standplatzproblem der Fahrenden entschärfen helfen. Bis Ende August stellen sie den Jenischen, die im April in Bern ein Gelände besetzten und sich nun in Nidau BE befinden, je ein Gelände zur Verfügung. Mit diesen Arealen soll dem Kanton Bern etwas Zeit verschafft werden, um das Problem mittel- und langfristig zu lösen.

Stiftungsfreudige Schweizer

Bern. In der Schweiz ist 2013 jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet worden. Mit 221 Neugründungen, die unter eidgenössischer Aufsicht stehen, ist erneut ein grosser Teil der Stiftungen mit einem nationalen oder internationalen Zweck errichtet worden. Dies geht aus dem Stiftungsreport 2014 hervor. Ende 2013 gab es landesweit 12 909 gemeinnützige Stiftungen.

DNA-Profile nicht löschen

Bern. Der Nationalrat möchte, dass DNA-Profile von Tätern künftig unbeschränkt aufbewahrt werden. Er hat eine Parlamentarische Initiative von Andrea Geissbühler (SVP, BE) mit 88 zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Über die Initiative wird nun noch der Ständerat befinden. (sda)

© NZZ Online; 06.05.2014

Schweiz

2013 wurde jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet

In der Schweiz ist im vergangenen Jahr jeden Tag mehr als eine Stiftung gegründet worden. Mit 221 Neugründungen, die unter eidgenössischer Aufsicht stehen, ist wieder ein grosser Teil der Stiftungen mit einem nationalen oder internationalen Zweck errichtet worden.

Dies geht aus dem am Dienstag veröffentlichten Stiftungsreport 2014 hervor. Ende 2013 waren demnach 12'909 gemeinnützige Stiftungen in der Schweiz eingetragen. Dass dieser Wert unter der Vorjahreszahl von 12'957 liegt, wird auf eine neue Erhebungsmethode zurückgeführt, aufgrund der die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen generell korrigiert werden musste.

Mit 381 neu gegründeten Stiftungen setzte sich das Stiftungswachstum der vergangenen Jahre aber unverändert fort, wie es weiter heisst. Andererseits seien 159 Stiftungen liquidiert worden - ein neuer Höchststand.

Dabei falle insbesondere auf, dass die Anzahl der Fusionen deutlich gestiegen sei. Dies zeige, dass durch Konsolidierungen versucht werde, Kosten einzusparen und Kräfte zu bündeln. Abzüglich dieser Fusionen verbleibe die Zahl der Liquidationen in etwa auf dem Stand des Vorjahres.

Zürich weiter an der Spitze

Erstmals liessen sich aufgrund einer neuen Datenerhebung Aussagen zu den Tätigkeitsbereichen der 381 neu gegründeten Stiftungen machen: Die Hälfte der Stiftungen verfolgt soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Forschung mit 45 Prozent sowie Kultur und Freizeit mit 37 Prozent. Damit setze sich das im letzten Stiftungsreport und in einer Studie des Centre for Philanthropy Studies der Universität Basel aufgezeigte wachsende Interesse an privater Wissenschaftsförderung fort, heisst es weiter.

Auf kantonaler Ebene zeige sich die hohe Stiftungsdynamik in der Romandie. Mit der Gesamtmenge von 2286 Stiftungen liege Zürich zwar nach wie vor an der Spitze, gefolgt von Bern mit 1421 und dem Waadtland mit 1398 gemeinnützigen Stiftungen. Beim Nettowachstum habe Genf den Kanton Zürich aber deutlich überholt.

Rückkehr zur anderen Normalität

Wirtschaftsausblick der OECD mit verhaltenem Optimismus

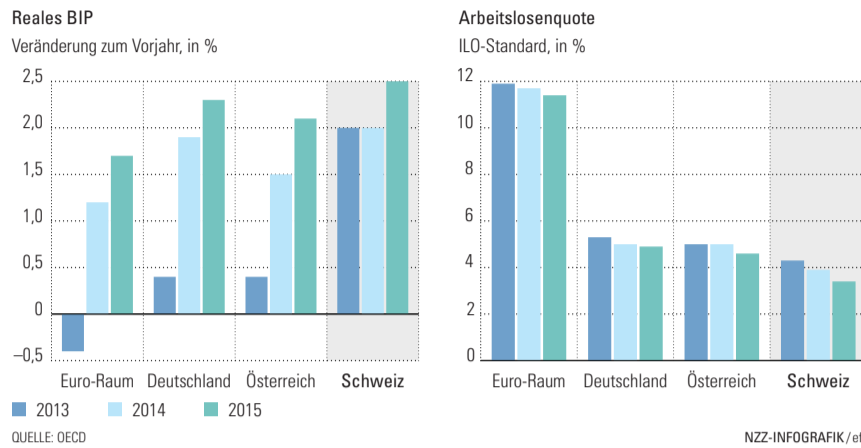
Die OECD sieht Anzeichen für einen konjunkturellen Aufschwung und geringere Risiken. Doch eine Rückkehr zur Normalität sieht anders aus.

Manfred Rist, Paris

Liesien sich Konjunkturprognosen auf reine Zahlenreihen und Balkendiagramme reduzieren, stände eine Rückkehr zur Normalität vielleicht vor der Tür. Gemäss dem neusten wirtschaftlichen Ausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kann in den nächsten zwei Jahren nämlich ein etwas festerer Wirtschaftsgang wie vor der Krise erwartet werden. So ist gemäss den Prognosen in den industriell entwickelten 34 OECD-Staaten nach 2,2% (2014) im nächsten Jahr durchschnittlich ein 2,8%iges BIP-Wachstum zu erwarten, in den USA gar 3,5%. Die Weltwirtschaft insgesamt werde, so heisst es, um 3,4 bzw. 3,8% zulegen. Doch die sich abzeichnende Normalität sei eine andere, meinte OECD-Generalsekretär Angel Gurría am Rande des OECD-Ministertreffens: Die Krise habe tiefe Spuren der Verwüstung hinterlassen, die beseitigt werden müssten. Dazu gehörten inakzeptable Schuldenstände, die in einigen Ländern (darunter Frankreich) weiter stiegen und bezüglich Re-finanzierung ein erhebliches Risiko verkörperten. Nachhaltiger Abbau sei nur über Strukturformen zu erreichen.

Am offensichtlichsten sind die Wunden auf den Arbeitsmärkten (siehe Grafik). Hier weisen die Zahlen zwar wie-

OECD-Wirtschaftsausblick



der nach unten, am markantesten in Amerika, wo die Arbeitslosenquote von 7,4% (2013) auf 6,0% (2015) fallen dürfte. Doch OECD-weit zählte man mit 47 Mio. Arbeitslosen zu Beginn dieses Jahres immer noch 11 Mio. Stellen-suchende (ohne Arbeit) mehr als 2007. Zwei Drittel dieses Anstiegs geht auf das Konto der Euro-Länder. Entlastung ist am ehesten im Zuge von privaten Investitionen zu erwarten. Doch auch hier geht die Prognose davon aus, dass die USA demnächst «abheben», das Niveau vor der Krise übersteigen, in Europa indessen die Erholung nur schleppend vorankommt.

Man spricht in diesen Tagen viel von «widerstandsfähiger Erholung»; externe Schocks sollen absorbiert werden können. Das Motto deutet an, dass die Weltwirtschaft insgesamt verwundbar bleibt. An der lockeren Geldpolitik sollte deshalb festgehalten werden, vor-

allem in Europa, im Falle einer stärkeren Abkühlung in China allenfalls auch dort, meint die OECD. Ferner mahnt sie, Wohlstandsgewinne in Zukunft gerechter auf alle Bevölkerungsgruppen zu verteilen, wovon man sich eine Stärkung der Kaufkraft verspricht. Dass sich die Teuerung in Japan wieder der 1%-Marke annähert, wird in diesem Zusammenhang positiv vermerkt.

Zur neuen Normalität nach der Krise gehört, dass sich die Wachstumspotenziale in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften deutlich reduziert haben. Davon betroffen sind in erster Linie China, Indien und Russland, wo bis 2007 noch von zum Teil stürmischen Aufwinden ausgegangen worden war. Die realistischeren Einschätzungen sollen im globalen Massstab aber nicht allzu stark ins Gewicht fallen, werden sie doch durch die besseren Aussichten in den Industrienationen kompensiert.

Finanztransaktionssteuer bleibt umstritten

Zehn «willige» EU-Staaten wollen 2016 beginnen

Zehn EU-Staaten, die gemeinsam Finanztransaktionssteuern einführen wollen, haben in einem Papier ihren bisherigen Minimalkonsens festgehalten. Sie stossen auf heftige Kritik einiger anderer Länder.

René Höltschi, Brüssel

Frankreich, Deutschland und acht weitere Euro-Staaten wollen spätestens per 1. Januar 2016 eine harmonisierte Steuer auf Finanztransaktionen (Financial Transaction Tax, FTT) einführen. Dies zumindest halten sie in einer am Dienstag am Rande eines EU-Finanzministertreffens (Ecofin) veröffentlichten gemeinsamen Erklärung fest. Bis Ende 2014 sollen «gangbare Lösungen finalisiert werden». Laut dem Papier soll die FTT schrittweise eingeführt werden und im ersten Schritt «Aktien und einige Derivate» erfassen. Die Staaten blieben aber frei, die Besteuerung weiterer Kategorien beizubehalten.

Vieles noch umstritten

Viel mehr ist dem Papier nicht zu entnehmen. Welche Derivate betroffen sein werden, wie die Steuer erhoben wird, was der nächste Schritt sein wird: All das bleibt vorerst unklar. Denn obwohl die beteiligten Staaten seit Januar 2013 an der Einführung einer FTT arbeiten, besteht über zentrale Fragen noch kein Konsens. Es gebe wenig Gemeinsamkeiten, doch sei dies der Beginn des Arbeitsprozesses, sagte der österreichische Finanzminister Michael Spindelegger, der die informellen Gespräche der «willigen» Staaten zuletzt geleitet hatte, am Dienstag am Ecofin. Sein spanischer Amtskollege Luis de Guindos sprach von einem kleinsten gemeinsamen Nenner. Slowenien, das bisher ebenfalls zu den Teilnehmern gehörte, hat die gemeinsame Erklärung vor dem Hintergrund seiner akuten Regierungskrise nicht mitgetragen.

Über die FTT wird in der EU seit Jahren diskutiert. Nachdem sich gezeigt hatte, dass die nötige Einstimmigkeit für ihre Einführung in allen EU-Staaten auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein wird, vereinbarten elf Euro-Staaten

(Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Slowakei, Spanien sowie eben Slowenien), im kleinen Kreis voranzugehen. Sie nutzen dazu das Instrument der «verstärkten Zusammenarbeit», das einer Gruppe von mindestens neun EU-Staaten ein solches Vorgehen ermöglicht. Im Januar 2013 hat der Ecofin den elf Staaten die verstärkte Zusammenarbeit erlaubt. Im Februar 2013 hat die EU-Kommission einen einschlägigen Gesetzgebungsvorschlag vorgelegt, der deutlich weiter gegangen ist als der nun präsentierte Minimalkonsens.

Seither hat sich gezeigt, dass die FTT im Nachgang zur Finanzkrise zwar in weiten Teilen der Öffentlichkeit sehr viel Sympathie geniesst, dass aber eine Einigung auf konkrete technische Modalitäten auch im kleinen Kreise nicht einfach ist. Marktteilnehmer lobbyieren intensiv dafür, sie und ihre Produkte aus diesem oder jenem Grund auszunehmen. Hinzu kommt die Angst vor der Abwanderung von Handelsgeschäften an Finanzplätze ausserhalb der «FTT-Zone». Doch je stärker man diese Umgehung durch eine breite Definition der Steuerpflicht zu verhindern sucht, desto grösser wird die Gefahr rechtlicher Probleme wegen extraterritorialer Wirkungen, also Wirkungen in nicht teilnehmenden Staaten.

Britisch-schwedische Kritik

Bei der Debatte am Ecofin über diesen Zwischenstand übten die Vertreter mehrerer nicht teilnehmender Staaten, allen voran der britische Finanzminister George Osborne und sein schwedischer Amtskollege Anders Borg, scharfe Kritik. Zum einen warnten sie vor wirtschaftlichen Schäden, weil eine FTT die Zinsen erhöhen und die Liquidität senken könnte. Zum andern kritisierten sie das Vorgehen der zehn Staaten, die sie entgegen den EU-Vorgaben für die verstärkte Zusammenarbeit nur ungenügend informieren und an den Debatten beteiligen würden.

Osborne sagte, er werde nicht vor einer weiteren Klage gegen das Vorgehen zurückschrecken, falls der endgültige Vorschlag extraterritoriale Wirkungen entfalte. Grossbritannien ist kürzlich mit einer ersten Klage vor dem EU-Gerichtshof abgeblitzt.

CS-Verhandlungen in heisser Phase

Schuldeingeständnis und Busse

Washington · Laut amerikanischen Medienberichten arbeiten die Credit Suisse (CS) und das Justizministerium intensiv an einer Einigung zum Steuerstreit, die je nach Rapport in einigen Tagen oder Wochen bereit sein soll. Dabei solle die Bank auf schuldig plädieren («guilty plea»), dass sie Amerikanern bei der Verletzung ihrer Steuerpflicht geholfen habe. Zudem sei eine Busse von mindestens 1 Mrd. \$ im Gespräch – die Nachrichtenagentur Reuters kolportierte 1,6 Mrd. \$. Bisher hat die CS 895 Mio. Fr. zurückgestellt. Davon hat sie 174 Mio. Fr. für einen Vergleich mit der Börsenaufsicht SEC verwendet. Damit bleiben 721 Mio. Fr. (825 Mio. \$) übrig. Die bisherigen Rückstellungen dürften somit nicht ausreichen.

Die UBS musste seinerzeit nicht auf schuldig plädieren, sondern schloss einen aussergerichtlichen Vergleich. Dagegen drängen die amerikanischen Ermittler die CS zu einem Schuldeingeständnis. In den USA wurden in den vergangenen Jahren nur wenige Banken angeklagt oder zu einem Schuldeingeständnis gebracht, weil dies zu einem Lizenzentzug führen kann. Jüngste Äusserungen deuten jedoch auf einen Kurswechsel. Justizminister Eric Holder hatte am Montag zwar eingeräumt, dass es für eine Ermittlungsbehörde unverantwortlich wäre, die möglicherweise gravierenden Folgen einer Anklage oder eines Schuldeingeständnisses für eine Bank zu ignorieren. Doch statt die Waffen zu strecken, gelte es, das Vorgehen mit der Aufsichtsbehörde der betroffenen Bank eng zu koordinieren.

Die Frage ist nun, ob die Justiz die nötigen Zusicherungen von den amerikanischen Aufsichtsbehörden erhalten hat, dass sie keine Massnahmen ergreifen werden, die die CS gefährden könnten. Unklar bleibt auch, ob ein allfälliges Schuldeingeständnis die ganze Bank oder nur eine Tochtergesellschaft betrafte. Die Bank hat im Dezember die Tochterfirma CS International Advisors gegründet, an die später das «US-Offshore-Geschäft» übertragen wurde.

Pensionskassen verbessern ihre finanzielle Situation

Oberaufsichtskommission sieht Gefahren bei «Rentnerkassen»

Feb. · Die Schweizer Pensionskassen haben im guten Börsenjahr 2013 ihre Deckungsgrade weiter verbessert. Im vergangenen Jahr kamen die Vorsorgeeinrichtungen im Durchschnitt auf eine Rendite von 6,1%. Per Ende 2013 hatten 93% der Pensionskassen ohne Staatsgarantie einen Deckungsgrad von 100% oder mehr, bei denen mit Staatsgarantie waren es 28%. Dies teilt die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) in ihrem am Dienstag vorgestellten Bericht zur finanziellen Lage der Vorsorgeeinrichtungen mit. Der Deckungsgrad weist aus, in welchem Umfang angesammeltes Vorsorgekapital die Verpflichtungen deckt. An der Umfrage der Kommission nahmen 91% der Vorsorgeeinrichtungen mit einer Bilanzsumme von total 730 Mrd. Fr. teil. Die weiterhin oft niedrigen Deckungsgrade bei Kassen mit Staatsgarantie erklären sich dadurch, dass für sie erst seit 2012 ein Sanierungszwang gesetzlich gefordert ist.

Hohe Zinsgarantien

Laut Pierre Triponez, Präsident der OAK BV, ist der Druck für die Pensionskassen, Renditen zu erzielen, aufgrund der existierenden Verpflichtungen und der gegenwärtig extrem niedrigen Zinsen unverändert hoch. Die Pensionskassen hätten ihre technischen Zinssätze – also die Einschätzung ihrer künftigen Erträge – in den vergangenen Jahren zwar teilweise deutlich gesenkt. Laut Kommission verwenden «nur» noch 29% der Vorsorgeeinrichtungen einen technischen Zinssatz von 3,5% oder höher – im Vorjahr waren es 47% gewesen. Wie Triponez weiter ausführte, beruhen die bereits gesprochenen Altersrenten aber weiterhin auf relativ hohen Zinsgarantien, nicht zuletzt infolge des politisch festgelegten Mindestumwandlungssatzes.

Trotz der zuletzt guten Lage an den Börsen befinden sich einige Pensions-

kassen in Schwierigkeiten, wie eine Statistik zeigt, in der OAK BV das Gesamtrisiko der Vorsorgeeinrichtungen bewertet. Als Kriterien hierfür verwendet sie den Deckungsgrad, die Leistungsversprechen, die Sanierungsfähigkeit der jeweiligen Pensionskassen sowie deren Anlagerisiko. Dabei klassierte sie 237 von 1847 untersuchten Vorsorgeeinrichtungen ohne Staatsgarantie in der Risikogruppe «eher hoch», 9 sogar in der Gruppe «hoch». Bei den Pensionskassen mit Staatsgarantie landeten von 58 Einrichtungen 24 in der Risikogruppe «eher hoch» und 5 in der Kategorie «hoch».

Gewinne bei der OAK BV

Die Namen der Vorsorgeeinrichtungen nannte die OAK BV nicht. Bei einigen der betroffenen Kassen handle es sich um sogenannte Rentnerkassen, also Vorsorgeeinrichtungen mit einem sehr hohen Anteil an Rentnern, die ungenügend finanziert seien, sagte Manfred Hüsler, Direktor des Sekretariats der OAK BV. Diese könnten einmal ein Fall für den Sicherheitsfonds BVG werden. In der Branche gelten Einrichtungen als Rentnerkassen, wenn sie ein Verhältnis von Rentnern zu Aktiven von 70% oder mehr zu 30% oder weniger haben.

Die 2012 geschaffene OAK BV selbst hat in den vergangenen zwei Jahren mit Gewinn abgeschlossen. Die Jahresrechnungen 2012 und 2013 hätten Überschüsse von rund 1,6 Mio. Fr. bzw. rund 2 Mio. Fr. ergeben, die in die Bundeskasse geflossen seien, steht dazu im Tätigkeitsbericht. Die Einnahmen stammen aus Abgaben und Gebühren, die letztlich die Versicherten zu tragen haben. Die OAK BV habe deshalb dem Bundesrat beantragt, die Abgaben für die Aufsicht nach unten zu flexibilisieren. Der Bundesrat werde voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 über die Verordnungsänderung entscheiden.

«Reflexe», Seite 24

Steigende Zahl von Stiftungsfusionen

Feb. · Die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen in der Schweiz ist im Jahr 2013 auf 12 909 gestiegen. Im vergangenen Jahr hätten 381 neugegründete Stiftungen 159 Liquidationen gegenübergestellt, heisst es im neuesten Schweizer Stiftungsreport. Dieser wird jährlich in einer Kooperation von Vertretern des Verbands Swiss Foundations, des Zentrums für Stiftungsrecht an der Universität Zürich sowie des Centers for Philanthropy Studies an der Universität Basel herausgegeben. Die Zahl der Liquidationen habe im vergangenen Jahr einen Höchstwert erreicht, deutlich gestiegen sei die Zahl der Fusionen. Gerade für Stiftungen mit einem Kapital von weniger als 1 Mio. Fr. eröffneten Fusionen attraktive Handlungsspielräume, hiess es in einem Communiqué der Autoren. So finde auch eine sinnvolle Bereinigung der Stiftungs-Landschaft statt.

Erstmals gab der Bericht Informationen zu den Tätigkeitsbereichen der Stiftungen. Die Hälfte der Einrichtungen verfolge soziale Zwecke, 45% seien im Bereich Bildung und Forschung tätig und 37% in Kultur und Freizeit. Mit 2286 gemeinnützigen Stiftungen lag der Kanton Zürich zahlenmässig an der Spitze, es folgen Bern mit 1421 und das Waadtland mit 1398. Es zeige sich aber eine hohe Dynamik in der Westschweiz, beim Nettowachstum habe der Kanton Genf Zürich beispielsweise deutlich überholt.

Finma trifft eigene Abklärungen

Cembra Money Bank im Fokus

· Im Falle des mazedonischen Kreditvermittlers, der mithilfe einer Datenbank namens ZEK über viele Jahre hinweg der damaligen GE Money Bank (heute Cembra Money Bank) Kunden vermittelt hat, ist die Finanzmarktaufsicht Finma aktiv geworden. Sein Mandat sei Ende letzter Woche in Zürich im Auftrag der Finma von einem Rechtsanwalt befragt worden, erklärte Luzi Stamm als Rechtsvertreter des mazedonischen Kreditvermittlers gegenüber der NZZ.

Die Finma wollte sich zum konkreten Fall nicht näher äussern. Es sei generell die Aufgabe der Aufsichtsbehörde, Hinweisen nachzugehen und eigene Abklärungen zu treffen, sagte am Dienstag ein Sprecher der Finma auf Anfrage. Bei früherer Gelegenheit hatte der Sprecher bestätigt, auf Wunsch des mazedonischen Kreditvermittlers habe die Finma mehrere zehntausend Dokumente aus dessen Büro in Gewahrsam genommen. Es handelt sich um Kundendossiers, die der Kreditvermittler aus der ZEK-Datenbank gewonnen hat; mit diesen hat er jährlich Provisionen von über 2 Mio. Fr. generiert.

Der Kreditvermittler soll aus der Datenbank, die insgesamt 1,5 Mio. Personen umfasst, jene mit albanischen Namen herausgesucht und ihnen im Auftrag der GE Money Bank eine günstigere Offerte unterbreitet haben.